

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. März 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 362 Postulat Erni Roger und Mit. über eine zukunftsfähige Volksschule: Wer bei der Einschulung kein Deutsch versteht, besucht eine Sprachklasse und wechselt anschliessend in die Regelklasse / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Roger Erni hält an seinem Postulat fest.

Roger Erni: Das darf doch nicht wahr sein. Ich zweifle in keiner Weise an unserem Bildungssystem, es gehört zu den besten der Welt. Ich zweifle auch nicht am Unterricht Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Aber, geschätzte Regierung, mit einer kleinen Justierung, um nicht zu sagen Änderung, an meinem Postulat machen Sie daraus Mehrkosten von 66 Millionen Franken. Das darf doch nicht wahr sein. Können Sie lesen? Lesen Sie bitte mit mir zusammen: «Wer bei der Einschulung kein Deutsch versteht.» Ich erhielt eine Rückmeldung aus einer kleinen Luzerner Gemeinde. Bitte überlegen Sie kurz, wie viele aller DaZ-Schülerinnen und Schüler wohl kein Deutsch verstehen. Von 200 Schülerinnen und Schülern dieser Gemeinde sind 78 als DaZ bei der Dienststelle Volksschulbildung (DVS) gemeldet, also fast 40 Prozent. Davon verstehen gemäss dieser verantwortlichen Person 15 von 78 kein Deutsch. Genau diese gehörten separiert in eine solche Klasse. Wer kein Deutsch versteht, stört vielleicht auch die guten, besten und mittelmässigen Schülerinnen und Schüler. Deshalb rege ich mich über Ihre Antwort in der Stellungnahme auf, dass alle diese Lernenden eine separate Sprachklasse besuchen und 1000 Klassen eröffnet werden müssten. Das darf doch wohl nicht wahr sein. Bitte stimmen Sie der Erheblicherklärung zu. Ich bitte die Regierung, nur für diejenigen separate Klassen zu prüfen, die kein Deutsch verstehen. Diese maximal 15 bis 20 Prozent sind eine Investition in unser Bildungssystem und in die guten bis besten Schülerinnen und Schüler sowie ein klares Bekenntnis in dieser Geschichte zur Heterogenität.

Gerda Jung: Das Postulat fordert eine Separierung, die im Bereich der Sprachförderung nicht zu unterstützen ist. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme verschiedenste Punkte auf, welche diese Forderung nicht förderlich, sondern schwieriger machen. Damit würde es für die jungen Schülerinnen und Schüler aus anderen Kulturen schwieriger und das ganze Schulsystem erschwert. In spezifischen Förderangeboten, insbesondere mittels DaZ, werden Schülerinnen und Schüler jetzt schon explizit in der Sprachförderung unterstützt. Die Gemeinden haben heute schon die Möglichkeit, fremdsprachige Lernende mit unzureichenden Deutschkenntnissen mit niederschweligen Alternativen zu unterstützen. Eine neue Sprache zu erlernen, erfordert mehr als sich nur mit Schulunterlagen auseinanderzusetzen und mit Gleichgesinnten im gleichen Raum mühsam die neue Sprache

zu erlernen. Die Sprache hat viel mit dem Alltag und dem Leben im jeweiligen Land zu tun. Am Puls der neuen Sprache aktiv mitzuwirken und zu sein, hilft enorm, die Sprache zu lernen und zu verstehen. Die Sprache ist auch Leben und Kultur. So geht es uns selbst, wenn wir eine neue Sprache erlernen möchten. Sich in England, Spanien oder China aufzuhalten und am Puls des Lebens teilzunehmen, ermöglicht uns den schnellen Zugang zur Sprache. Somit ist klar: Auch das soll unseren jungen fremdsprachigen Menschen in der Volksschule ermöglicht werden. Am Puls des Alltags der Volksschule. Finanziell wäre diese Separierung für den Kanton und die Gemeinden ein grosser «Hosenlupf». Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab.

André Renggli: Das Postulat greift ein sehr wichtiges Thema auf, ich bin froh darüber. Gute Sprachkenntnisse sind zentral für den schulischen Erfolg und eine gelungene Integration. In diesem Punkt sind wir uns einig. Gerade weil wir uns einig sind und das gleiche Ziel haben, sollten wir aber auch das wirksamste Mittel wählen. Der vorgeschlagene Weg überzeugt nicht, im Gegenteil. Das Anliegen ist berechtigt, der Lösungsansatz jedoch nicht. Separate Sprachklassen erscheinen nur auf den ersten Blick logisch. Der Regierungsrat legt überzeugend dar, dass solche Modelle pädagogisch, integrationspolitisch und auch finanziell klar nachteilig sind. Ein Systemwechsel zur Separation würde nicht nur bestehende Probleme nicht lösen, sondern neue schaffen. Sprache wird nicht ausschliesslich isoliert gelehrt, sondern insbesondere bei Kindern viel einfacher und schneller im sozialen Kontext. Im Austausch mit anderen Kindern, im gemeinsamen Unterricht, beim Spielen in der Pause oder im Alltag an der Schule. Genau das würde mit diesem Postulat erschwert. Hinzu kommen Mehrkosten und ein grosser administrativer Aufwand für die Gemeinden und Schulen. Für ein Modell, das letztlich weniger wirksam ist als das bestehende. Wovon wir die Augen aber nicht verschliessen dürfen: Wir wissen aus der Praxis, dass die Belastung der Lehrpersonen real ist. Lehrpersonen leisten bereits heute enorm viel, um heterogene Klassen zu führen, oft am Limit der vorhandenen Ressourcen. Gerade in Klassen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Deutsch als Zweitsprache stossen die Lehrpersonen an ihre Grenzen. Deshalb entstehen auch solche Forderungen, das ist nachvollziehbar. Aber der vorgeschlagene Weg ist nicht der richtige. Die Antwort darauf kann nicht Separation sein, sondern die gezielte Stärkung der integrativen Förderung. Was bedeutet das konkret? Wir benötigen mehr Ressourcen für DaZ. Leider haben Sie im letzten Budget genau diese gekürzt. Wir benötigen eine stärkere Unterstützung im Unterricht und vor allem eine frühere Sprachförderung und das bereits im Vorschulalter. Genau dort können wir am meisten bewirken. Je früher wir ansetzen, desto effizienter kann jeder Franken eingesetzt werden. Integration gelingt nicht durch Auslagerung, sondern durch Teilhabe. Wir müssen die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Aus diesen Gründen lehnt die SP-Fraktion das Postulat ab, verbunden mit der Erwartung, dass die bestehenden integrativen Massnahmen gestärkt werden. Roger Erni, die Sprache ist nicht entscheidend dabei, ob man eine Klasse stört oder nicht.

Urs Christian Schumacher: Das Postulat weist auf ein erhebliches und zunehmendes Problem in unseren Grundschulen hin. So besucht beispielsweise in der Agglomerationsgemeinde Emmen rund ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler den Förderunterricht DaZ. Beinahe die Hälfte aller schulpflichtigen Kinder in Emmen spricht eine andere Erstsprache als Deutsch. Ich gehe jedoch mit dem Regierungsrat einig, dass abgesehen von den Kosten für separate Sprachklassen das Aneignen einer fremden Sprache am besten in einem durchmischten Bildungssetting gelingt. Ein wesentlicher Teil des Spracherwerbs erfolgt im Schulalltag durch die sozialen Kontakte und Freundschaften. Damit Kinder rasch eine zweite Sprache erlernen, ist es wichtig, dass das Gros der Klasse Deutsch als Muttersprache spricht. Wenn in einer Klasse ein Grossteil der Kinder eine fremde Sprache

spricht, so lernen diese Kinder naturgemäss Deutsch als Zweitsprache weniger schnell, da sie sich immer auch mit Kindern in ihrer fremden Sprache unterhalten können. Auch mit sehr teuren Integrationsmassnahmen wie Sprachklassen stossen die Schulen, und damit unsere Gesellschaft, an die Grenzen der Machbarkeit und der Zumutbarkeit, wo es für alle Beteiligten und nicht zuletzt für die fremdsprachigen Migranten selbst qualitative Einbussen gibt. Die SVP-Fraktion unterstützt die Argumentation des Regierungsrates, dass bereits viele Angebote im Bereich DaZ vorliegen und der Spracherwerb gemeinsam mit den Kindern, die Deutsch als Muttersprache sprechen, in der Regel besser gelingt als bei einer Sprachseparation. Wir möchten aber zu bedenken geben, dass die Schulen mit ihrer Integrationskapazität an Grenzen stossen und in diesem Zusammenhang auch die übergeordnete Migrationspolitik des Bundes angesprochen werden muss. Zu denken wäre, die Obergrenze pro Klasse für den Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler auf 30 Prozent festzulegen. Wenn diese Limite erreicht ist, können keine Menschen mit Deutsch als Zweitsprache mehr im Einzugsgebiet dieser Schulgemeinde aufgenommen werden. Dies wäre ein Thema, das im Rahmen der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) interkantonal angegangen werden müsste. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat aus Kostengründen und weil es das Problem nicht an der Wurzel löst ab.

Claudia Senn-Marty: Das Postulat greift ein reales und wichtiges Thema auf. Gute Deutschkenntnisse sind eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Schul- und Ausbildungslaufbahn. Wenn Kinder dem Unterricht sprachlich nicht folgen können, wird lernen schwierig, selbst und für die ganze Klasse. In diesem Punkt scheinen wir alle uns einig zu sein. Die vorgeschlagene Lösung überzeugt uns Grünliberale aber nicht. Separate Sprachklassen für Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse würden bedeuten, dass wir Kinder am Anfang ihrer Schulzeit zuerst aus der Gemeinschaft herausnehmen. Gerade beim Spracherwerb ist genau das Gegenteil entscheidend. Kinder lernen eine Sprache im Alltag, beim Kontakt mit anderen Kindern, im gemeinsamen Unterricht und beim sozialen Austausch. Integration und Spracherwerb gehören zusammen. Hinzu kommt, dass die Sprache zwar ein zentraler Faktor für den Bildungserfolg ist, aber nicht der einzige. Die Bildungswege werden auch durch soziale Faktoren, das familiäre Umfeld oder individuelle Voraussetzungen geprägt. Eine isolierte Sprachklasse greift zu kurz. Die Luzerner Volksschule hat bereits Instrumente, um Kinder mit Deutsch als Zweitsprache zu unterstützen. Den Förderunterricht DaZ und die Möglichkeit von Aufnahmeklassen ermöglichen eine gezielte Förderung, ohne die Kinder vollständig aus dem regulären Klassenverband zu nehmen. Genau dieser integrative Ansatz entspricht dem Grundsatz unserer Volksschule: Förderung innerhalb der Gemeinschaft. Schliesslich wäre die Umsetzung des vorgeschlagenen Modells organisatorisch aufwendig und mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Für uns ist entscheidend, dass Massnahmen nicht nur gut gemeint, sondern auch wirksam und verhältnismässig sind. Wir teilen das Ziel einer starken Volksschule und einer guten Sprachförderung. Der richtige Weg dorthin ist jedoch eine frühe Förderung und eine gezielte Unterstützung innerhalb von integrativen Schulstrukturen und nicht eine systematische Trennung von Kindern. Aus diesen Gründen lehnt die GLP-Fraktion das Postulat ab.

Eva Lichtsteiner: Ich stelle erfreut fest: Über die Parteigrenzen hinweg sind wir uns einig, dass die Sprachkompetenz von Kindern für den gesamten Bildungserfolg zentral ist. Wir teilen auch die Einschätzung, dass es wichtig ist, dieses Thema frühzeitig anzugehen und die sprachliche Integration schon in jungen Jahren zu fördern, um auf diese Art und Weise Bildungs- und Chancengerechtigkeit herzustellen. Im Kanton Luzern gibt es aber definitiv noch Luft nach oben. Wir Grüne teilen die Problemanalyse, allerdings nicht den vorgeschlagenen Weg, nämlich die separierten Sprachklassen. Genau wie für die Regierung

ist auch für uns entscheidend, dass Integration insgesamt und sprachliche Integration im Besonderen gesamtheitlich gedacht wird. Das heisst, konkrete emotionale und soziale Teilhabe sind entscheidende Gelingensbedingungen. Kinder und Jugendliche brauchen stabile Beziehungen zu Gleichaltrigen und Betreuungspersonen. Wichtig sind Vorbilder, an denen sie sich orientieren können. In der schulischen Laufbahn soll es möglichst wenige Übergänge geben, die zu Unsicherheiten führen. Separate Sprachklassen widersprechen genau diesen Grundsätzen und sind aus diesem Grund in unseren Augen nicht zielführend. Das Erlernen der deutschen Sprache erfolgt nicht nur mit Aufgaben und Grammatikübungen, sondern im Gespräch in der Pause, auf dem Schulweg usw. Wir anerkennen, dass im Postulat der Vorschlag gemacht wird, dass Kinder für einzelne Fächer die Regelklasse besuchen können, vor allem in Fächern, wo die Sprache nicht so wichtig ist, zum Beispiel im Sportunterricht. Aus unserer Perspektive besteht aber genau dort die Gefahr, dass diese Kinder aus diesen Sprachklassen noch mehr das Stigma des Aussenseiters erhalten, weil sie diese Klasse immer wieder verlassen müssten. Die Regierung verweist in ihrer Stellungnahme bei diesem Vorschlag zudem auf grosse logistische Probleme hin. Ein weiterer Grund, weshalb wir nicht hinter der Idee dieses Postulats stehen können. Aus der Forschung wissen wir, dass sprachliche Lücken im hohen Alter nur schwer geschlossen werden können. In die frühe Sprachförderung zu investieren ist deshalb entscheidend. Mit DaZ kann das heute bereits individuell gefördert werden, und zwar integrativ. Was in unseren Augen auch zielführend und ausbauwürdig ist, werden wir bei den folgenden Traktanden in der Mai-Session diskutieren. Die Grüne Fraktion lehnt das Postulat ab.

Thomas Gfeller: Unsere Volksschule basiert auf einem zentralen Grundsatz, nämlich dem Leistungsprinzip. Wer sich anstrengt, wer mitarbeitet und wer die Voraussetzungen erfüllt, der soll vorwärtskommen. Genau dieses Prinzip gerät zunehmend unter Druck. In vielen Schulzimmern ist es Realität, dass Kinder im Unterricht sitzen, ohne die Unterrichtssprache zu verstehen. Das führt dazu, dass sich der Unterricht verlangsamt, die Anforderungen gesenkt werden und sich alles am schwächsten Niveau orientiert. Das kann und darf längerfristig nicht unser Anspruch sein. Das ist nicht gerecht, weder gegenüber den leistungsbereiten Schülerinnen und Schülern noch gegenüber den Lehrpersonen, die täglich versuchen, unter schwierigen Bedingungen Qualität zu liefern. Wer dem Unterricht nicht folgen kann, hat ein Problem. Aber die Lösung kann nicht sein, dass sich das Niveau für alle senkt. Die Lösung ist, die Voraussetzungen gezielt zu schaffen. Genau das tut dieses Postulat. Es verlangt, dass Kinder beim Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen und wenn nicht, dass diese zuerst in einer Sprachklasse erworben werden. Das ist kein Ausschluss, sondern eine notwendige Grundlage für echte Chancengerechtigkeit. Chancengerechtigkeit heisst eben nicht, alle gleich zu behandeln, sondern jedem das zu geben, was er braucht, um die Anforderungen zu erfüllen und dabei die Standards für alle anderen nicht zu verwässern. Auch beim Thema Kosten müssen wir ehrlich sein. Es ist deutlich günstiger, früh in klare Strukturen und gezielt in die Förderung zu investieren, als später die Folgen von gescheiterter Integration und mangelnder Bildung tragen zu müssen. Wer dieses Leistungsprinzip aufgibt, bezahlt längerfristig einen hohen Preis, finanziell, aber auch gesellschaftlich. Wir müssen wieder den Mut haben, Leistungen einzufordern und klare Verantwortungen zu stellen. Sprache ist keine Option, sondern eine Voraussetzung. Das Postulat stärkt das Leistungsprinzip, schützt unser Bildungsniveau und sorgt dafür, dass unsere Schulen ihren Auftrag erfüllen können. Ein Teil der SVP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Urban Sager: Ich bin einverstanden mit Thomas Gfeller, dass wir gezielte Massnahmen ergreifen müssen, um die entsprechenden Kinder gezielt zu fördern. Wir sprechen über ihre Sprachfähigkeiten. Diesbezüglich hat die Regierung eine sehr glaubwürdige Antwort geliefert.

Auch sämtliche Studien zeigen, dass die Sprachfähigkeiten der Kinder im integrativen Schulsystem gezielt gefördert werden sollen. Sprachenlernen ist das Sprachbad, der Zustand dieser Kinder mit anderen Kindern, die Deutsch sprechen. Das fängt im Kindergarten an. Danach folgen gezielte Massnahmen mittels DaZ. Das erfolgt im Moment auch so. Die Kinder erhalten die zusätzliche Unterstützung, die sie benötigen. Die Kinder mit deutscher Muttersprache benötigen keine gezielte DaZ-Unterstützung. Wenn wir diese Kinder in eine separate Klasse einteilen, nehmen wir ihnen genau das Umfeld, das am effektivsten ist: Die Kinder, die im Umfeld Deutsch sprechen. Dieser grosse Effekt wird im ausser Kraft gesetzt und deshalb ist es auch keine gezielte Massnahme. Das, was im Postulat vorgeschlagen wird, ist alles andere als eine gezielte Massnahme, sondern einfach für alle das Gleiche und erst noch separativ. Das ist ineffizient, teuer und führt schlussendlich nicht dorthin, wo wir wollen: Dass diese Kinder, die kein Deutsch sprechen, wenn sie in die Schule kommen, möglichst schnell Deutsch lernen. Das funktioniert, wenn man sie in den Klassen integrativ und gezielt mit DaZ-Lektionen unterstützt und sie mit ihren Freundinnen und Freunden in der Schule lernen lässt. So sprechen sie schnell Deutsch und sind entsprechend gut integriert. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Ich kann mich der grossen Mehrheit der Rednerinnen und Redner anschliessen. Wir haben in der Stellungnahme entsprechend dargelegt, dass diese Massnahme weder pädagogisch noch organisatorisch noch integrationspolitisch und ganz sicher auch finanzpolitisch nicht vertretbar ist. Roger Erni, es ist natürlich etwas problematisch, wenn Sie Ihre Theorie aufgrund einer Beobachtung entsprechend aufbauen. Wir haben es so versucht: Wenn man den separativen Ansatz verfolgen würde, wie Sie ihn darstellen, dass es dann auch funktioniert. Denn wenn man wie Sie, eigentlich nur jene separativ fördern will, die gar kein Deutsch verstehen, und wenn sie ein bisschen Deutsch verstehen, sie trotzdem wieder in die Schule bringt, dann glauben wir, würde das keine wesentliche Verbesserung für jene darstellen, die Sie im Auge haben. Die Probleme bleiben. Man würde die betroffenen Kinder aus dem System herausnehmen und müsste sie mittels Schultransport in verschiedene Gemeinden führen. Man würde sie je nachdem stigmatisieren und es würde sehr kompliziert. Es wäre auch pädagogisch nicht sinnvoll, das haben verschiedene Rednerinnen und Redner klar dargelegt. Gerda Jung hat davon gesprochen und Urban Sager hat noch wissenschaftlich dargestellt, dass es in diesem Sinn nicht effizient wäre. Sie sprechen von 15 bis 20 Prozent. Deshalb sind alle Ausführungen trotzdem noch gültig, auch wenn die Kosten tatsächlich etwas geringer würden, als Sie es dargelegt haben. Kein Deutsch verstehen ist kein scharfer Begriff, das müsste man wirklich noch operationalisieren, was damit genau gemeint ist. André Renggli hat es richtig gesagt, es würden neue Probleme geschaffen. Wir haben ein Instrument mit der frühen Sprachförderung, das ist wichtig, das ist die grosse Gemeinsamkeit, die wir hier haben. Die Sprache ist wichtig, und die Frage ist, wie die Schülerinnen und Schüler am besten Deutsch als ihre Fremdsprache lernen. Da fahren wir mit den heutigen Instrumenten deutlich besser. Die frühe Sprachförderung ist wichtig, aber auch, dass diese Kinder in der Gruppe bleiben. Waren sie schon einmal in einem Sprachaufenthalt? Im besten Fall haben sie zwei Modelle erlebt. Sie waren vielleicht in Bournemouth, in einer Klasse, in der nur Schweizer waren. Oder vielleicht waren Sie in Bournemouth in einer gemischten Klasse. Dann haben Sie selbst gemerkt, welches System besser funktioniert. Urs Christian Schumacher, Sie haben natürlich recht. Die Grenzen der Machbarkeit sind vielerorts erreicht, und sie werden mit diesem Vorschlag nicht verbessert, da würde ich mich Ihnen anschliessen. Claudia Senn-Marty hat es ebenfalls gut dargestellt. Wichtig ist die gezielte Förderung innerhalb der bestehenden Strukturen, auch da bin ich

absolut Ihrer Meinung. Eva Lichtsteiner hat das mit den Vorbildern und der ganzheitlichen Beurteilung gut erklärt, hier würde ich mich ebenfalls anschliessen. Thomas Gfeller, Sie haben gesagt, Sie wollen jedem Kind das geben, was es braucht. Mit diesem Vorstoss würden Sie genau jenen, die kein Deutsch verstehen, eben nicht genau das geben, was sie brauchen. Sie würden sie aus dem Sprachbad, aus der Gruppe herausnehmen, von jenen separieren, die gut Deutsch sprechen und deshalb diesen Lernenden auch etwas weitergeben können. Insgesamt sind wir uns in der grossen Mehrheit einig, dass dieser Vorstoss pädagogisch falsch und sehr teuer und deshalb abzulehnen ist.

Der Rat lehnt das Postulat mit 76 zu 31 Stimmen ab.